



Atomkraft hat keine Zukunftsaussichten

Atomkraft hat keine Zukunftsaussichten

- DIW Berlin: Atomausstieg in Deutschland bleibt sinnvoll und machbar
- Atomkraftwerk in Grafenrheinfeld kann wie geplant Ende 2015 schließen
- Endlagerfrage noch immer nicht beantwortet
Der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ist nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) sowohl aus technischen als auch aus ökonomischen Gründen sinnvoll und sollte wie geplant bis Ende 2022 vollzogen werden. Das geht aus einer aktuellen Analyse hervor, die im Wochenbericht des DIW Berlin erschienen ist. "Die Atomkraft entzieht sich jeglicher ökonomischen Rationalität", sagt Forschungsdirektor Christian von Hirschhausen. "Noch nie konnte auf der Welt ein Atomkraftwerk wirtschaftlich betrieben werden, wenn man die Risiken für Mensch und Umwelt, Kosten für einen späteren Rückbau und die Endlagerung sowie die notwendigen Ausgaben für Infrastruktur, Forschung und Entwicklung miteinbezieht." Als sicherste und kostengünstigste Variante erscheine daher der Ausstieg aus der Atomkraft. "Deutschland kann unbeirrt an seinem Atomausstieg festhalten, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Das gilt auch für die Abschaltung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld im Jahr 2015", so von Hirschhausen. Vordringlich ist den DIW-Forschern zufolge die Suche nach einem geeigneten Endlager für radioaktive Abfälle.
Versorgungssicherheit auch nach Atomausstieg gewährleistet
Aus energiewirtschaftlicher Perspektive ist der Atomausstieg unproblematisch: Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist Mitte der 2020er Jahre auch ohne Atomkraftwerke gewährleistet. Das legen Forschungsergebnisse des DIW Berlin aus dem vergangenen Jahr nahe, denen zufolge die Stromnachfrage auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie an allen Orten und auch zu Spitzenlastzeiten bedient werden kann, sofern verfügbare Optionen wie Lastmanagement oder Kapazitätsverträge mit dem Ausland genutzt werden. Die Berechnungen ergaben, dass bei einer Fortschreibung der derzeit praktizierten Reservekraftwerksverordnung bis Mitte der 2020er Jahre eine ausgeglichene Leistungsbilanz im deutschen Stromsystem herrscht, die durch mögliche Handelsströme aus dem Ausland weiter entlastet wird. In Deutschland sind in den vergangenen Jahren Kraftwerkskapazitäten in einer Größenordnung ans Netz gegangen, die die gesamte Atomkraftkapazität übersteigen - eine Versorgungslücke ist also nicht zu befürchten. Dafür sprechen auch die Rekordexporte von Strom ins Ausland im vergangenen Jahr. Auch Netzengpässe stellen keine Belastung für das Stromsystem dar, das deutsche Stromnetz ist gut ausgebaut und sicher. Für den Atomausstieg spricht zudem, dass Atomkraftwerke in ihrem Betrieb sehr unflexibel sind und somit nicht zur Flexibilität eines auf erneuerbaren Energien basierenden Systems beitragen.
Anteil des Atomstroms an weltweiter Stromerzeugung sinkt
In Europa bestehen sehr unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Atomkraft. Während sich neben Deutschland auch Belgien und die Schweiz zum Atomausstieg entschlossen haben, wollen Länder wie Frankreich, Großbritannien und Polen auch künftig auf Kernenergie setzen. "Die Kosten der Atomkraft unterschätzt die Europäische Kommission in ihren Szenarioanalysen allerdings massiv", kritisiert Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. "Die Vorschläge aus den Referenzszenarien, die einen massiven Ausbau der Atomkraft nahelegen, darunter den Bau von allein sieben Atomkraftwerken in Polen, sind mehr als unrealistisch." Die erheblichen Subventionen für einen Neubau in England zeigten exemplarisch, dass die Atomenergie weder kostengünstig ist, noch ohne finanzielle Unterstützung auskommen kann, so Kemfert. Beim derzeitigen Bau neuer Reaktoren in Finnland und Frankreich sind die Kosten explodiert; die Meiler werden die teuersten jemals gebauten Kernkraftwerkskapazitäten sein.
Auch weltweit kann nach Ansicht der DIW-Forscher von einer Renaissance der Atomkraft keine Rede sein: Laufende Ausbauprojekte konzentrieren sich auf wenige Länder, insbesondere China. Der jährliche globale Ausbau der Atomkraft erreichte seinen Höhepunkt bereits Mitte der 80er Jahre und ist seitdem fast zum Erliegen gekommen. In vier der vergangenen sechs Jahre war eine Nettoerhöhung der weltweiten Kapazität zu beobachten. Angesichts des hohen Alters vieler Reaktoren - mehr als 80 Prozent sind bereits älter als 20 Jahre - dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Schon heute ist der Anteil des Atomstroms an der weltweiten Stromerzeugung rückläufig und lag im Jahr 2012 bei nur noch elf Prozent.
"Generationenversagen" bei der Endlagersuche
Äußerst dringend ist die Schaffung eines geeigneten Endlagers für hochradioaktiven Atommüll, betonen die DIW-Forscher. Diesbezüglich seien weder in Deutschland noch weltweit in den vergangenen sechs Jahrzehnten konkrete Fortschritt erzielt worden. "Bei der Endlagersuche haben drei Generationen versagt", sagt Christian von Hirschhausen. Im Bereich der Zwischenlager sind in Morsleben (Sachsen-Anhalt) sowie in der Schachtanlage Asse (Niedersachsen) sogar herbe Rückschritte zu beobachten, die Schächte werden von Wasser geflutet und drohen einzustürzen. Die Umweltpolitik müsse hinsichtlich der Endlagerfrage aktiver vorgehen, dies beinhalte auch die Entwicklung von Finanzierungsmodellen für die Endlagerung.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 030/897 89 0
Telefax: +49 (030) 897 89-200
Mail: postmaster@diw.de
URL: <http://www.diw.de>

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.